



Wirtschaftsbericht Südafrika, 2008

Was hat die Verbesserung des Wirtschaftswachstums angetrieben?

Wie kann ein rasches, breitfundiertes Wachstum erreicht werden?

Verfolgt AsgiSA das richtige Konzept?

Wie könnte eine wettbewerbsfreundliche Reform zu einem höheren Lebensstandard beitragen?

Wie lässt sich ein stärkeres Beschäftigungswachstum erzielen?

Weitere Informationen

Where to contact us?

Zusammenfassung

Die demokratisch gewählte Regierung, die 1994 ihr Amt antrat, erbt eine durch lange Jahre interner Konflikte und externer Sanktionen stark in Mitleidenschaft gezogene Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund sind die seit 1994 erreichten Wirtschaftsergebnisse beeindruckend. Insbesondere haben die aufeinanderfolgenden Regierungen in diesem Zeitraum große Umsicht unter Beweis gestellt und darauf verzichtet, zugunsten kurzfristiger Wachstumsimpulse auf ökonomischen Populismus zu setzen. Infolgedessen war es möglich, die öffentlichen Finanzen zu stabilisieren, die Inflation zu senken, in wachsendem Umfang Auslandskapital anzuziehen und das Wirtschaftswachstum nach einer langen Flaute wieder anzukurbeln. Die Vergabe der Fußball-Weltmeisterschaft 2010 an Südafrika ist nur ein Zeichen dafür, dass das Land inzwischen als ein stabiler, moderner Staat und in vielerlei Hinsicht als ein Modell für andere afrikanische Länder angesehen wird.

Indessen weist die bisher erzielte wirtschaftliche Bilanz noch erhebliche Schwachstellen auf, vor allem im Hinblick auf Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und Armut. Soziale Probleme wie HIV/AIDS und Kriminalität sind ebenfalls ein hervorstechendes Merkmal, und diese beiden Übel haben auch starke negative Auswirkungen auf die Wirtschaft. Zwischen den wirtschaftlichen und den sozialen Problemen gibt es in der Tat starke Wechselbeziehungen, wie auch die jüngsten Angriffe auf Zuwanderer zeigen, die für die wachsende Arbeitslosigkeit und den Abwärtsdruck auf die Löhne verantwortlich gemacht werden.

Eine Herausforderung für die Zukunft wird sein, den umsichtigen makroökonomischen Kurs aufrechtzuerhalten, mit dem es gelungen ist, einer tragfähigen fiskalpolitischen und außenwirtschaftlichen Position Vorschub zu leisten und zugleich diese enormen Probleme in Angriff zu nehmen. Dies wird auch eine entschlossener Bewältigung mancher Altlasten des Apartheid-Systems erleichtern, die für viele schwarze Südafrikaner nach wie vor eine Fortschrittsbremse darstellen. Besonders betroffen sind das Bildungssystem, die Wettbewerbspolitik und die Funktionsweise der Arbeitsmärkte. Die vertiefenden Kapitel dieses Berichtes konzentrieren sich daher auf die Frage, wie sich der Wettbewerb verstärken und die Lage am Arbeitsmarkt verbessern lässt. Bildungsaspekte werden ebenfalls erörtert, allerdings weniger ausführlich, da demnächst eine eigene OECD-Studie zum Bildungssystem in Südafrika erscheint. ■

Dieser Policy Brief enthält eine Zusammenfassung der OECD-Beurteilung der Wirtschaftslage Südafrikas, 2008. Der Prüfungsausschuss für Wirtschafts- und Entwicklungsfragen, der sich aus Vertretern der 30 Mitgliedsländer und der Europäischen Kommission zusammensetzt, hat ein Politikseminar veranstaltet, um diese Beurteilung unter Teilnahme der südafrikanischen Regierung zu erörtern. Ausgangspunkt der Beurteilung war ein von der Hauptabteilung Wirtschaft der OECD vorgelegter Entwurf, der nach den Diskussionen im Politikseminar überarbeitet und unter der Verantwortung des Generalsekretärs herausgegeben wurde.

Was hat die Verbesserung des Wirtschaftswachstums angetrieben?

Obwohl sich die Wachstumsergebnisse nach der Stagnation der letzten Jahre der *Apartheid* zunächst etwas verbessert haben, fiel der Einkommenszuwachs pro Kopf der Bevölkerung im ersten Jahrzehnt der demokratischen Ära mäßig aus, und der Lebensstandard in Südafrika verharrte weiterhin unter dem OECD-Durchschnitt. Während die Produktion je Arbeitskraft stetig stieg, nahm die Erwerbsbevölkerung wesentlich rascher zu als die Beschäftigung, was die Arbeitslosigkeit auf ein extrem hohes Niveau steigen ließ. Die Investitionen wuchsen nur langsam, und die Exportleistung Südafrikas war schwach, was sich in einem kontinuierlichen Rückgang der Weltmarktanteile niederschlug. Seit 2004 hat sich das Wirtschaftswachstum dank höherer Zuwachsraten bei Beschäftigung und Kapitalbildung deutlich belebt. Ein wichtiger Anstoß für die Wachstumsbeschleunigung war das drastische Anziehen der Preise für die wichtigsten Exportgüter des Landes. Auf der Angebotsseite reagierte der Bergbau de facto verhalten, während auf der Nachfrageseite die höheren Einnahmen aus Rohstoffexporten den inländischen Ausgaben Impulse verliehen. Seit 2004 ist der Konsum Jahr für Jahr rascher gestiegen als die gesamtwirtschaftliche Produktion. In letzter Zeit leisten auch die Investitionen einen größeren Wachstumsbeitrag, was z.T. der Erhöhung der Ausgaben für die öffentliche Infrastruktur zu verdanken ist.

Die umsichtige makroökonomische Politik der Post-*Apartheid*-Ära hat dazu beigetragen, die besseren Wachstumsergebnisse zu stützen, obgleich insbesondere die Geldpolitik mittlerweile unter Druck steht. Das Haushaltsdefizit, das 1993/1994 bei über 7% des BIP lag, wurde durch eine Kombination einnahmesteigernder und ausgabendrosselnder Maßnahmen nach und nach reduziert, und der Haushalt verzeichnete in den beiden letzten Jahren einen Überschuss. Mit der Trendwende im Haushalt konnte die öffentliche Verschuldung auf ein moderates Niveau zurückgeführt werden, was wiederum das Vertrauen der Investoren in südafrikanische Vermögenswerte gestärkt hat. Diese Verbesserung fand ihren Niederschlag in einer starken Erhöhung der Portfoliozuflüsse und sukzessiven Verbesserungen der Kreditratings für südafrikanische Staatsanleihen. Der mittelfristige Haushaltsplan sieht weiterhin Überschüsse vor, obgleich die Einsicht herrscht, dass es sich um ein zyklisches Phänomen handelt, da der Haushalt auf konjunkturbereinigter Basis defizitär geblieben ist und nach den Projektionen auch bleiben wird. Im Bereich der Geldpolitik hat die südafrikanische Zentralbank (SARB) - ebenso wie das Finanzministerium - sich den Ruf einer glaubwürdigen und kompetenten Instanz erworben. Ihre operationelle Unabhängigkeit ist verfassungsrechtlich garantiert, und sie hat seit 2002 mit der direkten Inflationssteuerung (*inflation targeting*) ein weitgehend erfolgreiches Ergebnis erzielt. Die Zielvorgabe für die Inflation wurde von etwa 7% vor Annahme des Konzepts der direkten Inflationssteuerung auf knapp über 3% Anfang 2005 gesenkt, und die Inflationserwartungen konvergierten rasch gegen Werte im Zielkorridor der SARB. Als die Inflation in der Folgezeit dann nach oben zu driften begann, hob die Zentralbank ihre Leitzinsen wiederholt an, seit 2006 insgesamt zehnmal. Dennoch zog die Inflation weiter an, und eine Kombination aus internationalen und nationalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stellt die Geldpolitik derzeit auf eine harte Probe. Südafrika ist durch die stark steigenden Nahrungs- und Energiepreise, die auf die Importpreise durchschlagende jüngste Schwäche des Rand sowie die Strompreise, die in diesem und im kommenden Jahr voraussichtlich rasch steigen werden, einem erheblichen Inflationsdruck ausgesetzt. Die SARB selbst rechnet nun damit, dass die Inflation bis zum zweiten Halbjahr 2010 über der Zielvorgabe verharren wird.

Seit 2003 weitet sich das Leistungsbilanzdefizit Südafrikas kontinuierlich aus, es lag 2007 bei über 7% des BIP. Dieses wenn auch hohe Niveau stellt im internationalen Vergleich zwar keinen Extremwert dar, setzt Südafrika aber der Gefahr einer Finanzkrise in Verbindung mit einem plötzlichen Stopp der Kapitalzuflüsse aus. Dieses Risiko ist noch gering, da die Nettoauslandsverbindlichkeiten Südafrikas weiterhin moderat sind und insbesondere der Schuldenstand sehr niedrig ist, wobei ein Großteil der Nettokapitalzuflüsse in Form von Kapitalbeteiligungen ins Land kommt. Darüber hinaus korrespondiert das Defizit nicht mit einer negativen Ersparnisbildung des öffentlichen Sektors, sondern erklärt sich vielmehr aus dem Spar- und Investitionsverhalten des privaten Sektors. Demgegenüber lassen Umfang und Tempo der Ausweitung der Defizite Zweifel an ihrer Tragfähigkeit aufkommen, und jüngste Erfahrungen aus einer Reihe von Ländern zeigen, dass

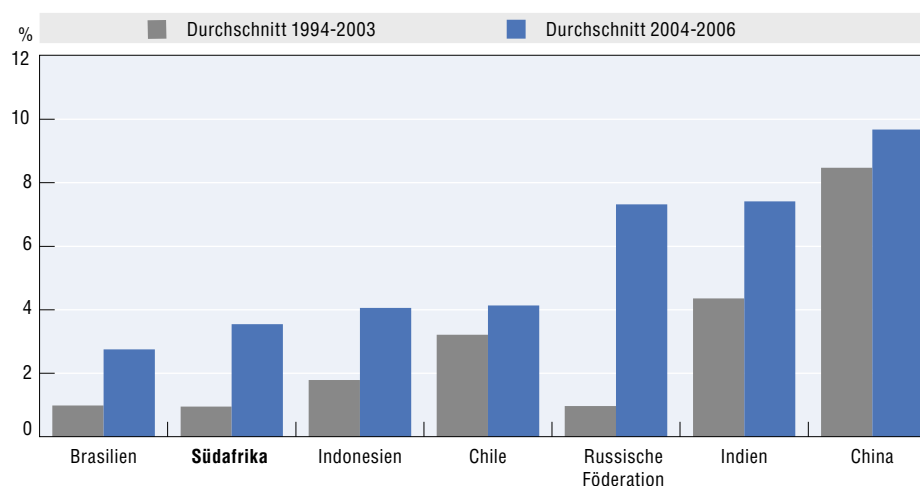
Korrekturen von Leistungsbilanzungleichgewichten häufig ganz plötzlich und drastisch eintreten, in manchen Fällen weit bevor die Schuldenquoten ein sehr hohes Niveau erreicht haben. Ferner ist festzustellen, dass die Zunahme der Investitionstätigkeit zwar immer stärker für die Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits verantwortlich war, sich die Lücke zwischen Ersparnissen und Investitionen in Südafrika bisher jedoch nicht aus anormal starken Investitionen, sondern vielmehr größtenteils aus ungewöhnlich niedrigen Ersparnissen erklärte. Das deutet eher auf einen Konsumboom als auf einen Kapitalzustrom hin, um attraktive Investitionsrenditen zu nutzen. ■

Wie kann ein rasches, breitfundiertes Wachstum erreicht werden?

Die erfreuliche Beschleunigung des realen BIP-Wachstums in den letzten Jahren hat die Position Südafrikas im Vergleich zu anderen Ländern der mittleren Einkommensgruppe kaum verbessert, da das raschere Wachstum ein weltweites Phänomen war; die Wachstumsrate Südafrikas hinkt den Raten der dynamischsten aufstrebenden Volkswirtschaften immer noch hinterher (Abb. 1). Und obwohl die Trendrate des Wachstums der Gesamtfaktorproduktivität sich ebenfalls erhöht zu haben scheint, ist sie für ein Land mit dem Pro-Kopf-Einkommensniveau Südafrikas weiterhin nur durchschnittlich. Überdies ging das raschere Wirtschaftswachstum der vergangenen vier Jahre nur mit einem geringfügigen Rückgang der Arbeitslosigkeit einher, und die neue wirtschaftspolitische Initiative der Regierung, die *Accelerated and Shared Growth Initiative for South Africa* (AsgiSA, Initiative für ein beschleunigtes und gemeinschaftliches Wachstum in Südafrika) sieht eine weitere Beschleunigung der Wachstumsraten auf durchschnittlich 6% pro Jahr zwischen 2010 und 2014 vor, um das Ziel einer Halbierung der Arbeitslosigkeit und der Armut zu erreichen.

Angesichts der Tatsache, dass die von den Regierungen der demokratischen Ära ins Leben gerufenen wirtschaftspolitischen Entwicklungsstrategien darauf ausgerichtet waren und sind, das Los der historisch benachteiligten schwarzen Mehrheitsbevölkerung zu verbessern, sind die Entstehung und Persistenz extrem hoher Niveaus der Arbeitslosigkeit, vor allem unter geringqualifizierten jungen Schwarzen, gemeinsam mit dem Fortbestehen der allgemeinen Armut und der Zunahme der Ungleichheiten der enttäuschendste Aspekt der Wirtschaftsergebnisse der Post-Apartheid-Ära. Dass es nicht gelungen ist, die Arbeitslosigkeit entscheidend zu senken, ist wahrscheinlich der Hauptgrund für die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Wirtschaftspolitik der Regierung, trotz der vielen Erfolge, die letztere zu verzeichnen hat, und diese Tatsache lässt naturgemäß Forderungen nach radikaleren und aktivistischeren Lösungen laut werden, die indessen zu Verschwendung führen und kontraproduktiv wirken könnten. Die Regierung ist sich dessen bewusst und bemüht sich um die Förderung eines beschäftigungsintensiveren Wachstums. Zugleich verfolgt die Regierung weiterhin ihren Pfad der positiven Diskriminierung

Abbildung 1.
REALE PRO-KOPF-BIP-WACHSTUMSRATEN
1994-2003 und 2004-2006



Quelle: SARB database und Weltbank, WDI database.

(affirmative action) zur Überwindung historisch bedingter Ungleichheiten, die zu diesem Zweck ins Leben gerufene *Black Economic Empowerment Initiative* (BEE, Initiative zur wirtschaftlichen Stärkung der Schwarzen) ist aber häufig dafür kritisiert worden, dass sie in erster Linie einer kleinen Zahl bereits besser gestellter Schwarzer hilft, statt das Einkommensniveau der wirklich Armen zu erhöhen. ■

Verfolgt AsgiSA das richtige Konzept?

Die Konzeption von AsgiSA war in vielerlei Hinsicht ein mutiger Prozess. Die Regierung führte umfassende Konsultationen mit den Sozialpartnern und holte auch die Meinung internationaler Experten zur Wirtschaftsentwicklung ein. Das Ergebnis all dieser Beratungen war eine Strategie, die zunächst eine begrenzte Anzahl von Hindernissen identifizierte, die einem rascheren und breiteren Bevölkerungskreisen zugutekommenden Wachstum im Wege stehen, und dann einen Katalog an Politikinterventionen zur Überwindung derselben skizzierte. Die Diagnose der Wachstumsbremsen ist im Wesentlichen korrekt. Identifiziert wurden auf staatlicher Ebene Mängel im organisatorischen Bereich, bei Kapazität und strategischer Führung sowie hohe Kosten und eine geringe Effizienz im nationalen Logistiksystem und z.T. bei der Infrastruktur. Zutreffenderweise wird festgestellt, dass die Wirtschaft unter einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften leidet und dass in einigen Sektoren der Wirtschaft die Zutrittschranken hoch sind und der Wettbewerb schwach ausgeprägt ist. Ebenso einleuchtend ist die Aussage, dass das Regulierungsumfeld verbessert werden könnte, indem insbesondere die Belastungen für kleine und mittlere Unternehmen abgebaut werden. Die Stärke und Volatilität des Rand ist unter den genannten Wachstumsbremsen wahrscheinlich das am wenigsten überzeugende Hemmnis, zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt, da die Aufwertung aus dem Zeitraum 2003-2006 jüngst größtenteils wieder rückgängig gemacht wurde und die Volatilität des Wechselkurses bis zu einem gewissen Grad auch die Schwankungen wichtiger Exportgüterpreise widerspiegelt.

Während die in AsgiSA dargelegten Politikinterventionen jeweils darauf abzielen, eines oder mehrere der identifizierten Hindernisse zu überwinden, besteht zwischen den einzelnen Hemmnissen und der jeweiligen politischen Lösung in manchen Fällen nur ein schwacher Zusammenhang, während die Politikaktionen in anderen Fällen als nicht stark genug erscheinen, um das einem rascheren und sozial ausgewogeneren Wachstum jeweils im Wege stehende Hindernis zu beseitigen. Beispielsweise besteht bei der Betonung der Industriepolitik die Gefahr, dass Muster der *Apartheid*-Ära aufrechterhalten werden, was bedeutet, dass dominierende Inlandsunternehmen von der ausländischen Konkurrenz abgeschottet werden und hohe Gewinnspannen erzielen können. Das läuft der anerkannten Notwendigkeit zuwider, den Wettbewerb in der Wirtschaft zu verstärken. Ferner steht die Forderung nach mehr Regierungsprogrammen und -initiativen im Widerspruch zu der Erkenntnis, dass Mängel bei Planung und Koordination von Regierungsaktivitäten sowie in der Verwaltungskapazität zu den Bremsfaktoren für die Erreichung eines rascheren Wachstums zählen, das breiteren Bevölkerungskreisen zugutekommt. Zudem scheint die Fokussierung im Bildungsbereich zu eng ausgerichtet zu sein, da vor allem der Verbesserung der Grundbildung nur eine vergleichsweise geringe Bedeutung beigemessen wird. ■

Wie könnte eine wettbewerbsfreundliche Reform zu einem höheren Lebensstandard beitragen?

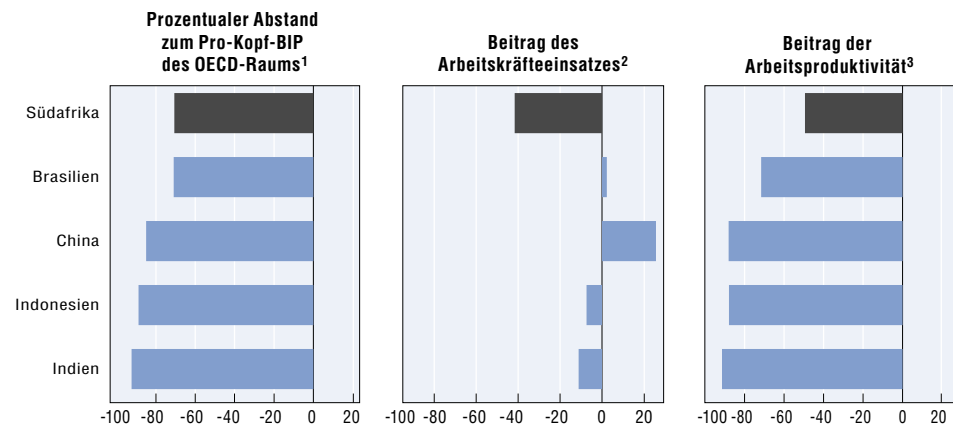
Die sehr niedrige Beschäftigungsquote erklärt einen Großteil der Kluft zwischen dem Pro-Kopf-BIP Südafrikas und dem der fortgeschrittensten Volkswirtschaften. Im Vergleich zu anderen Ländern der mittleren Einkommensgruppe ist die durchschnittliche Arbeitsproduktivität in Südafrika verhältnismäßig hoch, die Beschäftigungsquote aber extrem niedrig (Abb. 2). Obwohl auf längere Sicht eine nachhaltige Verbesserung des Lebensstandards und Konvergenz gegen das Niveau anderer fortgeschrittener Länder nur über einen Anstieg der Arbeitsproduktivität erreicht werden kann, legt dies den Schluss nahe, dass kurzfristig der Schaffung von Arbeitsplätzen für die Millionen geringqualifizierter Südafrikaner, die derzeit eine Beschäftigung suchen, Priorität eingeräumt werden sollte.

Die verhältnismäßig hohe durchschnittliche Arbeitsproduktivität Südafrikas ist eine direkte Folge des langanhaltenden Prozesses der Substitution von Arbeit durch

Kapital während des *Apartheid*-Regimes. Flankiert wurde dieser Trend durch ein verhältnismäßig langsames Wachstum der Gesamtfaktorproduktivität, in einem Umfeld, das durch schwachen Wettbewerb, starke Beteiligung des öffentlichen Sektors und außenwirtschaftliche Isolierung gekennzeichnet war. Die größere Handelsoffenheit hat zu einem verstärkten Wettbewerbsdruck geführt und mit dazu beigetragen, die Produktivitätsergebnisse in der jüngsten Vergangenheit zu verbessern, wenngleich weiterhin eine große Lücke klafft. Es mangelt nicht an internationalen Belegen dafür, dass ein wettbewerbsfreundliches Regulierungsumfeld durch eine Beschleunigung des Wachstums der Arbeitsproduktivität dazu beitragen kann, den Lebensstandard langfristig anzuheben.

Eine Stärkung des Wettbewerbs kann einen großen Beitrag zur Verbesserung der Ressourcenallokation und Steigerung der technischen Effizienz leisten. Ein robuster Wettbewerb an den Produktmärkten verbessert die Leistung der Unternehmen, indem er Rationalisierungsinvestitionen, Innovationen und einer Verbesserung des Unternehmensmanagements Impulse verleiht. Empirische Arbeiten für Südafrika bestätigen den produktivitätsfördernden Effekt des Wettbewerbs, und aus Erhebungen unter südafrikanischen Unternehmen geht hervor, dass wettbewerbshemmende Schranken und Praktiken die größte Innovationsbremse darstellen. Wie die Schätzung eines Produktmarktregulierungsindikators (PMR-Indikator) der OECD veranschaulicht, ist der Produktmarkt in Südafrika an internationalen Standards gemessen sehr eingeschränkt und weist in vielen Sektoren hohe Gewinnspannen sowie eine starke Konzentration und gesamtwirtschaftlich eine relativ weitreichende staatliche Beteiligung auf (Abb. 3). Diese Erkenntnisse verdeutlichen den potenziellen Beitrag, den wettbewerbssteigernde Regulierungsreformen zur Verbesserung der langfristigen Wirtschaftsaussichten Südafrikas leisten können. Entsprechend sollte die Unterstützung derartiger Reformen, wie sie in AsgiSA klar zum Ausdruck kommt, in eine umfassende Politikstrategie münden: Angesichts der zwischen unterschiedlichen Elementen der Regulierungsreform bestehenden Komplementaritäten würde die Einrichtung eines breiten, kohärenten und systematischen Rahmens für die Durchführung der Regulierungspolitik Synergieeffekte zwischen den unterschiedlichen Produktmarktreformen erzeugen. Ein dynamischerer Wettbewerb würde über eine Komprimierung exzessiver Gewinnmargen auch dazu beitragen, den Inflationsdruck einzudämmen, der noch für einige Zeit hoch bleiben dürfte. Maßnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs im Inland und zur Erhöhung des Öffnungsgrads gegenüber Handel und Direktinvestitionen versprechen daher in einer Vielzahl von Bereichen große Nutzeffekte.

Abbildung 2.
QUELLEN REALER
EINKOMMEN-
SUNTERSCHIEDE, 2006



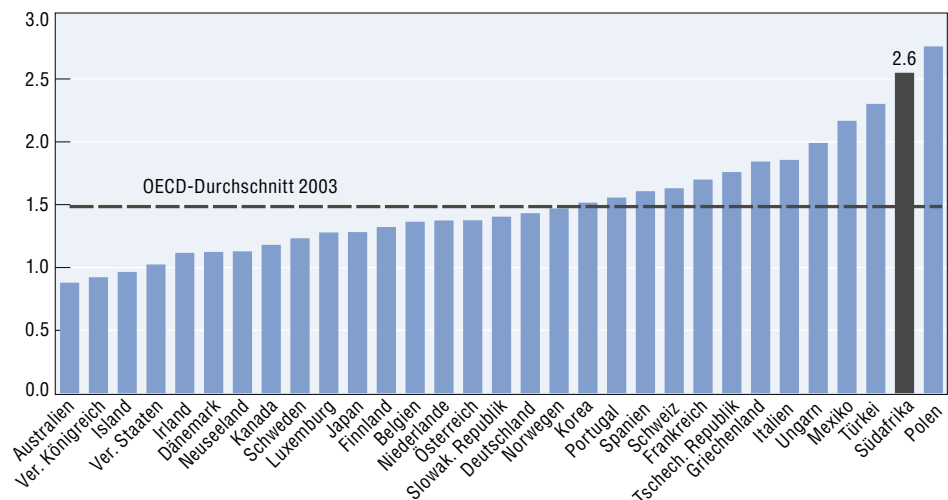
1. Auf der Basis der revidierten Kaufkraftparitäten der Weltbank von 2006.
 2. Der Arbeitskräfteeinsatz wird gemessen als die Beschäftigungsquote, auf der Basis nationaler Arbeitsmarkterhebungen, außer für Indien, wo es sich um eine OECD-Schätzung auf der Grundlage des National Sample Survey handelt.
 3. Die Arbeitsproduktivität wird gemessen als BIP je Beschäftigten.

Die Tatsache, dass die in einem Beschäftigungsverhältnis stehenden Arbeitskräfte im Durchschnitt produktiv und im Vergleich zu den Arbeitskräften in anderen Ländern der mittleren Einkommensgruppe gut bezahlt sind, während ein extrem großer Teil der Erwerbsbevölkerung vom Erwerbsleben völlig ausgeschlossen ist, erklärt sich z.T. aus dem in einigen Sektoren schwachen Produktmarkt Wettbewerb. Auf Grund des geringen Wettbewerbs können große marktbeherrschende Unternehmen hohe Preise festlegen und exzessive Gewinne erzielen, die es ihnen wiederum ermöglichen, über dem Wettbewerbsniveau liegende Löhne und Gehälter zu zahlen, ohne dass das Geschäft darunter leidet. Gleichzeitig werden aber auch Streiks oder andere Formen nicht erbrachter Arbeitsleistung für Unternehmen kostspieliger, so dass sie eher bereit sind, eine über den markträumenden Lohn hinausgehende Prämie zu zahlen. Mit diesem Aspekt wird eine Verbindung zwischen dem Problem des geringen Beschäftigungsgrads und der Produktmarktregulierung sichtbar. Obgleich sich die empirischen Belege für Südafrika in Grenzen halten, wird die Existenz großer marktbeherrschender Unternehmen mit Monopolmacht in den betreffenden Sektoren generell mit einer geringeren Produktion und Beschäftigung und einem höheren Preisniveau in Verbindung gebracht. Die Erosion der von marktbeherrschenden Unternehmen erzielten überzogenen Renditen würde daher eine Steigerung der Produktion und eine Komprimierung der den Mitarbeitern dieser Firmen zufließenden Lohnprämien zur Folge haben, was wiederum die Beschäftigung in diesen wie auch in anderen Sektoren erhöhen würde, die die Erzeugnisse aus Branchen mit schwachem Wettbewerb (wie monopolistische Netzindustrien) als Input verwenden. ■

Wie lässt sich ein stärkeres Beschäftigungswachstum erzielen?

Einige Aspekte des Problems der Arbeitslosigkeit hängen eindeutig mit den Altlasten der Apartheid-Ära zusammen. Unter dem Apartheid-Regime war das Bildungssystem namentlich nicht darauf ausgerichtet, die schwarze Bevölkerungsmehrheit mit dem zur Ausübung einer qualifizierten Beschäftigung notwendigen Humankapital auszustatten. Vielmehr waren Schwarze von einigen Berufen ausgeschlossen und wurden größtenteils nur für manuelle oder untergeordnete Tätigkeiten eingestellt. Obwohl der Zugang zur Schulbildung für Nicht-Weiße lobenswerterweise zugenommen hat und die staatlichen Mittel je Schüler im gesamten Schulsystem weitgehend angeglichen wurden, bestehen nach wie vor gravierende Mängel, die die Chancen und Möglichkeiten der historisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen weiterhin einschränken und zu den Diskrepanzen zwischen angebotenen und nachgefragten Qualifikationen am Arbeitsmarkt beitragen. Außerdem ist zu wenig unternommen worden, um die räumliche Fehlallokation der Arbeitskräfte zu beheben – trotz der Verbesserungen bleiben die vom ehemaligen

Abbildung 3.
INDIKATOR DER
GESAMTWIRTSCHAFT-
LICHEN PRODUKTMARKT-
REGULIERUNG



System der Homelands und Townships hinterlassenen Spuren in den derzeitigen Siedlungsstrukturen sichtbar. Die großen Entfernungen, die bis zum Arbeitsplatz und für die Arbeitsplatzsuche zurückgelegt werden müssen, erhöhen den von den Arbeitnehmern geforderten Mindestlohn und reduzieren die aktive Arbeitsuche. Ein weiterer negativer Aspekt der Apartheid, der in den vergangenen 14 Jahren nicht vollständig bewältigt werden konnte, ist die Unterdrückung unternehmerischer Initiative in der schwarzen Mehrheitsbevölkerung. Im formellen Sektor behindert die bei qualifizierten schwarzen Arbeitskräften vorhandene Attraktivität von Arbeitsplätzen in bestehenden Unternehmen, die der positiven Diskriminierung (*affirmative action*) im Rahmen der BEE-Initiative unterliegen, die Gründung neuer Kleinunternehmen durch Schwarze. Unterdessen bleibt der informelle Sektor für eine Wirtschaft mit dem durchschnittlichen Einkommensniveau Südafrikas klein und hat überraschenderweise nur einen sehr geringen Anteil des drastisch gestiegenen Angebots an verfügbaren geringqualifizierten Arbeitskräften absorbiert. Es bestehen viele Restriktionen fort, die den Betrieb von Unternehmen im informellen Sektor erschweren. Während Anstrengungen zur Beseitigung der Informalität insofern verständlich sind, als Arbeitsplätze im formellen Sektor bessere Gehälter und Bedingungen bieten, sollte das Ziel vornehmlich dennoch darin bestehen, die Beschäftigung im formellen Sektor zu erleichtern, statt den informellen Sektor zu beseitigen, was dem Gebot zuwiderlaufen würde, beim Abbau der Arbeitslosigkeit rasche Fortschritte zu erzielen.

Die diesbezüglichen Untersuchungen zu den OECD-Mitgliedsländern liefern solide Belege dafür, dass verschiedene Aspekte der Arbeitsmarktinstitutionen und -bestimmungen zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit führen können. Obwohl nicht alle diese Merkmale für den Fall Südafrikas relevant sind – so ist der Steuer- und Abgabenkeil in Südafrika z.B. verhältnismäßig gering und die Arbeitslosenversicherung begrenzt –, legen Ausmaß und Persistenz der hohen Arbeitslosigkeit dennoch den Schluss nahe, dass die arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bei der Bewältigung des Problems eine Rolle spielen können. Ganz oben auf der Liste der üblichen Beschwerden hinsichtlich der Arbeitsmarktrigiditäten in Südafrika steht die Behauptung, die Entlassungskosten seien zu hoch. Obwohl aus den Berechnungen anhand eines OECD-Kündigungsschutzindicators (EPL-Indikator) hervorgeht, dass die Gesetze in Wirklichkeit nicht besonders restriktiv sind, scheinen dennoch einige Aspekte in der Umsetzung der Bestimmungen verbesserungswürdig zu sein. Neben den Kündigungsschutzbestimmungen erfordern die aus der Stärke der Gewerkschaften (deren Hauptaugenmerk den bereits beschäftigten Arbeitskräften gilt) und den sektorspezifischen Mindestlöhnen resultierenden potenziell negativen Folgen für die Arbeitsnachfrage sowie die von der Expansion des sozialen Sicherungssystems möglicherweise ausgehenden Negativanreize auf das Arbeitsangebot eine strenge Überwachung, wenn gewährleistet werden soll, dass soziale Ziele ohne übertrieben nachteilige Auswirkungen auf die Beschäftigungslage erreicht werden sollen. Abgesehen von den Maßnahmen zum Abbau der Verkrustungen an den Arbeitsmärkten könnte auch Spielraum für die Ergreifung aktiverer Maßnahmen vorhanden sein, um es geringer qualifizierten jungen Schwarzen zu ermöglichen, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, wie beispielsweise die Verlängerung der höchstzulässigen Probezeit, in der die normalen arbeitsrechtlichen Bestimmungen nicht gelten, oder die Ausdehnung des Systems der Lohnsubventionen auf Erststellenbewerber.

Zur Bewältigung der schwierigen und facettenreichen Probleme Südafrikas scheint eine Kombination aus soliden makroökonomischen und strukturpolitischen Maßnahmen, die auf eine Verstärkung des Wettbewerbs ausgerichtet sind, am vielversprechendsten zu sein, um das enorme Potenzial der Erwerbsbevölkerung Südafrikas zu entfesseln und den sozialen Ambitionen innerhalb des Rahmens einer dynamisch wachsenden Wirtschaft gerecht zu werden. ■

Weitere Informationen

Wegen weiterer Informationen zu diesem Policy Brief wenden Sie sich bitte an: Andreas Wörgötter, e-mail: andreas.woergoetter@oecd.org, oder Geoff Barnard, e-mail: geoff.barnard@oecd.org, tel: +33 1 45 24 87 91 oder besuchen Sie folgende Website: www.oecd.org/eco/surveys/southafrica.



Literaturhinweise



OECD-Wirtschaftsberichte: Die Wirtschaftsberichte prüfen die Wirtschaftslage und politik der Mitgliedsländer und von Zeit zu Zeit auch ausgewählter Nicht-Mitgliedsländer. Jedes Jahr werden etwa 18 Berichte veröffentlicht. Sie sind einzeln oder im Abonnement erhältlich. Weitere Informationen finden sich unter der Rubrik „Periodicals“ des OECD-Online-Bookshops unter www.oecd.org/bookshop.

Zusätzliche Informationen: Weitere Auskünfte über die Arbeiten der OECD-Hauptabteilung Wirtschaft, einschließlich Zugang zu anderen Publikationen, Datenprodukten und Working Papers, sind auf der Website der Abteilung unter www.oecd.org/eco zu finden.

Wirtschaftsausblick Nr. 83, Juni 2008. Weitere Informationen über diese Publikation sind auf der OECD-Website unter www.oecd.org/eco/Economic_Outlook zu finden.

Economic Policy Reforms: Going for Growth, Ausgabe 2008. Weitere Informationen über diese Publikation sind auf der OECD-Website unter www.oecd.org/growth/goingforgrowth2008 zu finden.

OECD publications can be purchased from our online bookshop:
www.oecd.org/bookshop

OECD publications and statistical databases are also available via our online library:
www.SourceOECD.org

Where to contact us?

OECD HEADQUARTERS

2, rue André-Pascal
75775 PARIS Cedex 16
Tel.: (33) 01 45 24 81 67
Fax: (33) 01 45 24 19 50
E-mail: sales@oecd.org
Internet: www.oecd.org

GERMANY

OECD Berlin Centre
Schumannstrasse 10
D-10117 BERLIN
Tel.: (49-30) 288 8353
Fax: (49-30) 288 83545
E-mail:
berlin.centre@oecd.org
Internet:
www.oecd.org/berlin

JAPAN

OECD Tokyo Centre
Nippon Press Center Bldg
2-2-1 Uchisaiwaicho,
Chiyoda-ku
TOKYO 100-0011
Tel.: (81-3) 5532 0021
Fax: (81-3) 5532 0035
E-mail: center@oecdtokyo.org
Internet: www.oecdtokyo.org

MEXICO

OECD Mexico Centre
Av. Presidente Mazaryk 526
Colonia: Polanco
C.P. 11560 MEXICO, D.F.
Tel.: (00.52.55) 9138 6233
Fax: (00.52.55) 5280 0480
E-mail:
mexico.contact@oecd.org
Internet:
www.oecd.org/centrodemexico

UNITED STATES

OECD Washington Center
2001 L Street N.W., Suite 650
WASHINGTON DC. 20036-4922
Tel.: (1-202) 785 6323
Fax: (1-202) 785 0350
E-mail:
washington.contact@oecd.org
Internet: www.oecdwash.org
Toll free: (1-800) 456 6323

The OECD Policy Briefs are prepared by the Public Affairs Division, Public Affairs and Communications Directorate. They are published under the responsibility of the Secretary-General.